Zeitschrift: Der Fourier : offizielles Organ des Schweizerischen Fourier-Verbandes und des Verbandes Schweizerischer Fouriergehilfen

Herausgeber: Schweizerischer Fourierverband

Band: 45 (1972)

Heft: 7

Artikel: Die Bedrohung und die Agitation gegen die Landesverteidigung

Autor: Brunner, Dominique

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-518190

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 12.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Die Bedrohung und die Agitation gegen die Landesverteidigung

Die Diskussion in der Öffentlichkeit über die schweizerische Landesverteidigung hat sich innerhalb von etwas mehr als einem Jahrzehnt in Stil und Inhalt grundlegend verändert. Ende der fünfziger Jahre und bis weit in das letzte Jahrzehnt hinein gingen die Meinungen über die Art und Weise, wie die Schweiz einen allfälligen Abwehrkampf führen sollte, sowie über die Mittel auseinander, welche dafür notwendig oder erschwinglich, zweckmässig oder moralisch unannehmbar wären. Bei all den in der Beurteilung dieser Fragen feststellbaren Unterschieden herrschte aber im wesentlichen Übereinstimmung darüber, dass man sich gegen einen Angriff zur Wehr zu setzen haben würde, und dass ein Angriff denkbar bleibe, weshalb militärische Vorbereitungen unerlässlich seien.

Ablehnung der Landesverteidigung überhaupt

Seit wenigen Jahren dreht sich die Auseinandersetzung immer deutlicher um die ehedem zumindest nach aussen kaum ernstlich bestrittene Frage, ob die Landesverteidigung überhaupt notwendig oder zu rechtfertigen sei. Die mehr oder weniger radikale Ablehnung einer diesen Namen verdienenden Armee gewann — jedenfalls nach ihrem Echo in Presse, Radio und Fernsehen zu schliessen — parallel zum Übergreifen der vor allem in Teilen der Jugend feststellbaren Unrast auf unser Land sowie in Verbindung mit dem Aufkommen von neo- oder pseudo-marxistischen Strömungen rasch an Boden. Dabei ist auffallend, wie nachdrücklicher und konsequenter sich die «contestation» in unserem Land auf die Bekämpfung der Armee und der Landesverteidigung im allgemeinen konzentriert als etwa in Ländern wie Frankreich oder Italien. Der Hauptgrund dafür liegt sicher in der für unsere Verhältnisse charakteristischen Kombination von maximaler Ausschöpfung der personellen Wehrkraft und Milizorganisation, welche zur Folge hat, dass die Masse der Schweizer während rund 30 Jahren in direktem Kontakt mit der Armee stehen. Ein weiterer Grund besteht in unseren demokratischen Institutionen, die — und entgegen den Behauptungen der «contestataires» — der politisch relevanten Betätigung ein weiteres Feld und damit auch der Agitation weitergehende Möglichkeiten sichern, denn in allen Nachbargebieten.

Das was füglich als Agitation gegen die schweizerische Landesverteidigung bezeichnet werden kann, erscheint nun als durch zweierlei gekennzeichnet: Zunächst dadurch, dass die entschiedenen Gegner einer wirkungsvollen Landesverteidigung eine Minderheit bilden, und zwar wahrscheinlich eine eher kleine. Mehrere in der jüngsten Vergangenheit durchgeführte seriöse demoskopische Untersuchungen zeigen es. Der Gesamteindruck erscheint als umso schlüssiger, als der Befund bei unterschiedlicher Fragestellung im wesentlichen derselbe ist. In der gleichen Richtung weist auch der Ausgang der Herbstwahlen ins eidgenössische Parlament. Die sich zur Landesverteidigung bekennenden Parteien haben ihre Position gesamthaft gesehen klar behauptet und bilden nach wie vor die deutliche Mehrheit. Zumindest ein Teil derjenigen, welche die Landesverteidigung mit verschiedenen Methoden befehden, ist sich dessen wahrscheinlich bewusst. Darauf lässt jedenfalls die — völlig unglaubwürdige — Beteuerung etwa der PdA oder, je nach Auditorium, des Chefs des Friedensrates schliessen, sie würden nicht die Landesverteidigung schlechthin ablehnen, sondern nur die heutigen, angeblich übertriebenen und falschen Vorkehrungen auf diesem Gebiet. Der Umstand, dass es einstweilen eine Minderheit ist, die zum Kampf gegen die Landesverteidigung antritt, sollte allerdings nicht zu optimistischer Unbekümmertheit verleiten. Denn was nicht ist, kann ja noch werden.

Fragwürdige Argumentation

Das zweite Merkmal der Agitation ist in den Argumenten zu sehen, welcher sie sich bedient. Das Arsenal der Kritik zeichnet sich durch eine bemerkenswerte Vielfalt aus. So gut wie alles, wovon man sich in diesem Zusammenhang eine Wirkung verspricht, wird gegen die Armee ins Treffen geführt. Wir müssen aber der Behandlung des Faktors besondere Bedeutung beimessen, der logischerweise im Zentrum stehen sollte, nämlich der potentiellen Bedrohung. Denn es liegt auf der Hand, dass militärische Vorbereitungen nur insoweit angebracht und zu rechtfertigen sind, als die Möglichkeit des Einsatzes militärischer Macht — oder der Drohung damit — gegen unser Land besteht.

Dieser Grundfrage wird nun vielfach aus dem Wege zu gehen versucht. Geht man aber auf sie ein, so begnügt man sich im allgemeinen entweder mit Hinweisen auf den seit 26 Jahren in Europa

herrschenden Frieden — den man zutreffender als Waffenruhe kennzeichnen würde — und die Entspannung, die auf friedliche Absichten, nicht zuletzt des Ostens, schliessen lassen soll, oder mit vagen Bemerkungen über das Konflikte grösseren Stils ja ausschliessende Gleichgewicht des Schreckens. Endlich darf die wachsende Tendenz nicht übersehen werden, gestützt auf von Soziologen stammende Theorien die Vorstellung, dass der Einsatz bewaffneter Macht möglich bleibe, auf die Propaganda und den Druck eines sogenannten militärisch-industriellen Komplexes zurückzuführen oder, noch einfacher, in den Bereich der psychologischen Projektion zu verweisen.

Gibt es eine Bedrohung?

Die Frage der Bedrohung ist aber der entscheidende Punkt. Eine Kritik an der Landesverteidigung, die nicht von der Beurteilung dieses Faktors ausgeht, ist ebenso wenig glaubwürdig wie eine Argumentation zugunsten der Landesverteidigung, die über diese Frage hinwegginge. Wenden wir uns nun der Prüfung der «Bedrohung» zu, worunter hier einzig die militärisch relevante verstanden werden soll, so stellen wir als erstes fest, dass sich der Rüstungswettlauf zwischen den beiden Supermächten USA und Sowjetunion auf der nuklearstrategischen Ebene trotz Atomsperrvertrag und Gesprächen über eine Begrenzung der strategischen Rüstungen (SALT) in den letzten Jahren verschärft hat. Das Stockholmer Friedensforschungsinstitut (Stockholm International Peace Research Institute) fasst die Entwicklung der 60er Jahre in seinem Jahrbuch 1969/70 (SIPRI Yearbook of World Armaments and Disarmament) wie folgt zusammen: «Die Vereinigten Staaten gingen in den frühen 60er Jahren sehr rasch voran mit der Entwicklung einer sehr grossen Zahl weitreichender Nuklearwaffen . . . Die Sowjetunion begann, mit einem grossen Rückstand, aufzuholen . . . Die Vereinigten Staaten hielten ihre Zahl weitreichender Träger konstant, nahmen jedoch viele qualitative Verbesserungen vor . . . Die Sowjetunion, die bei den Mehrfachsprengköpfen offenbar im Rückstand ist, fährt mit der Einführung weiterer Trägersysteme fort. Sie hat die Vereinigten Staaten, was die Zahl der bodengestützten Raketen angeht, überholt . . . » Seit 1970 ist das sowjetische Potential weiter verstärkt worden. Es umfasst jetzt mehr als 1500 Langstreckenraketen (USA 1054, wovon ein Teil mit Mehrfachsprengköpfen) und mehr als 400 U-Boot-Raketen (USA 656, ein Teil ebenfalls mit Mehrfachsprengköpfen).

Entgegen einem offenbar verbreiteten Eindruck sind die Vorgänge auf der nuklearstrategischen Ebene für die Sicherheit Westeuropas und damit auch der Schweiz durchaus bedeutsam. Die Möglichkeit ist nicht auszuschliessen, dass sich die strategische Position der USA um die Mitte dieses Jahrzehnts wesentlich verschlechtert haben könnte. Und in diesem Fall wäre es zumindest recht ungewiss, ob die USA bereit wären, im Fall eines Vorstosses der Sowjetunion den Einsatz der unter ihrer Kontrolle stehenden taktischen Atomwaffen der NATO in Europa zuzulassen. Allein diesem taktischen Atomwaffenpotential ist es aber zu verdanken, dass die strategische Lage in Europa als einigermassen stabil gelten kann. Denn bei den klassischen oder konventionellen Kräften ist eine ausgeprägte Überlegenheit der Sowjetunion und ihrer Satelliten zu beobachten.

Klare Überlegenheit des Warschau-Paktes in Europa

Im zitierten Werk des Stockholmer Friedensforschungsinstituts werden die eine halbe Woche nach Mobilmachung im Raum Nord / Mitteleuropa verfügbaren Kräfte für die NATO mit 35 Divisionen, wobei die 5 Divisionen Frankreichs eingeschlossen sind, und für den Warschauer Pakt mit 73 Divisionen angegeben. Einen Monat nach Mobilmachung kann die NATO von Norwegen bis zur Linie Oesterreich-Tschechoslowakei nach derselben Quelle 42 Divisionen einsetzen, während die Zahl der einsetzbaren Divisionen des Warschauer Paktes im entsprechenden Raum östlich der Demarkationslinie auf 118 steigt. Die Gegenüberstellung der zur Verfügung stehenden Kampfpanzer lässt ein noch deutlicheres Missverhältnis zum Nachteil des Westens zutage treten. Während im genannten, an unser Land angrenzenden Raum ein paar Tage nach Mobilmachung 7200 Panzer der NATO unter Einschluss Frankreichs 17 100 Panzern des Ostens gegenüberstehen, kann der Warschauer Pakt nach einem Monat 27 350 Panzer in den Kampf senden, die NATO jedoch nur 8850. Diese Zahlen rufen keinem weiteren Kommentar.

Eine von Verantwortungsbewusstsein getragene Politik darf hinsichtlich der Sicherheit des Landes nicht auf Spekulationen über die allfälligen Absichten fremder Mächte abstellen. Sie hat von den überprüfbaren Tatsachen auszugehen. Und diese belegen, dass es eine durchaus ernstzunehmende potentielle Bedrohung gibt. Angesichts dieser Bedrohung erscheint die Agitation gegen die Armee bestenfalls als Ausdruck einer bedenklichen Wissenslücke.

Dominique Brunner